

**Zeitschrift:** Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot  
**Band:** 230 (1957)  
**Rubrik:** Weltchronik

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 20.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Weltchronik

(Vom 15. Juni 1955 bis 15. Juni 1956)

Das Treffen der Großen Vier in Genf vom 18. bis 23. Juli 1955 war in menschlicher Beziehung ein großer Erfolg; denn die Regierungschefs von Amerika, Rußland, England und Frankreich – Eisenhower, Bulganin, Eden und Faure – verstanden sich so gut, daß die Zusammenkunft als „Konferenz des Lächelns“ in die Geschichte eingegangen ist. Weniger fröhlich als ihre Chefs waren die Außenminister, denn sie wußten, daß sie die Unterlassungssünden von Genf bezahlen müssen. Die Großen Vier hatten nämlich keine Sachfragen gelöst, sondern sich darauf beschränkt, ihren Außenministern den Auftrag zu geben, in einer späteren Konferenz über Deutschland, europäische Sicherheit, Abrüstung und ost-westliche Kontakte Lösungen zu finden. Diese Außenministerkonferenz – Dulles, Molotow, MacMillan und Pinay waren die Gesprächspartner – fand dann vom 27. Oktober bis 16. November in Genf statt, wobei das Ergebnis gleich Null war, wenn man sich auch bedeutend manierlicher unterhielt als bei früheren Außenministerkonferenzen der gleichen Mächte. In Sachen Deutschland forderten die Westvertreter freie Wahlen auch in der Ostzone, während Molotow erklärte, die Wiedervereinigung gehe ihn überhaupt nichts an, sondern sei Sache der deutschen Regierungen, d. h. Adenauer möge sich an Grote wohl direkt wenden. In der Abrüstungsfrage kam man auch nachher nicht weiter, obschon in London monatelang ein Unterausschuß der Abrüstungskommission der UNO tagte. Obschon sich dort die Standpunkte nicht mehr so schroff entgegengesetzt waren wie bei früheren Gelegenheiten, kam man zu keiner gemeinsamen Lösung. Rußland erklärte dann von sich aus, daß es bis zum 1. Mai 1957 seine (auf 4,6 Millionen Mann geschätzten) Streitkräfte um 1,2 Millionen Mann verringern werde. Offensichtlich wurde ihm die Last zu schwer, auch braucht es seine Leute in der Wirtschaft und machen die atomischen Waffen die großen Infanterieheere überflüssig. Aber die Ost-West-Kontakte vermochten sich die Außenminister in Genf auch nicht zu einigen, aber trotzdem nahmen diese Kontakte in den folgenden Mo-

naten bis heute immer mehr zu. Neben den Reisen der Staatsmänner kommt sogar ein allerdings noch durch den übersehten Rubelfurs beschränkter Touristenverkehr durch den Eisernen Vorhang in Gang.

\*

Die Russen zeigten sich überhaupt bestrebt, trotz dem Mißerfolg der Genfer Außenministerkonferenz eine Politik zu betreiben, die zur internationalen Entspannung führen sollte. So empfingen sie im September Bundeskanzler Konrad Adenauer in Moskau und verabredeten mit ihm den Austausch von Botschaftern zwischen Rußland und der Deutschen Bundesrepublik; als Preis gaben sie 9000 in Rußland noch gefangengehaltene Deutsche frei. Viele auf deutschen Listen aufgeführte Gefangene sind allerdings in Rußland endgültig verschollen. Gleich nach Adenauer kam der finnische Staatspräsident Paasikivi nach Moskau, und er erhielt als Präsent die Räumung der Flottenbasis Porkkala, zu deren Abtretung die Russen die Finnen bei Kriegsende gezwungen hatten. Die Russen suchten überall gute Stimmung zu machen. So bereisten Ministerpräsident Bulganin und Parteisekretär Chruschtschew im Spätjahr Indien, Burma und Afghanistan, wobei sie allerdings, im Bestreben ihren Gastgeber zu gefallen, sich so heftige Ausfälle gegen die ehemalige Kolonialmacht England leisteten, daß dort das prorussische Stimmungsbarmeter auf Schlechtwetter fiel. Durch Jowialität suchten Bulganin und Chruschtschew, als sie im April England besuchten und sogar von der englischen Königin zum Tee empfangen wurden, den schlechten Eindruck zu verwischen. Auch hier brachten sie ein politisches Geschenk mit in Form der Auflösung der Kominform, jenes Büros, das den Gehorsam der verschiedenen ausländischen kommunistischen Parteien gegenüber der Befehlszentrale im Kreml sichern sollte. Zum weiteren Entspannungsprogramm der russischen Führer gehörte der herzliche Empfang, den sie dem französischen Ministerpräsidenten Guy Mollet und seinem Außenminister Pineau im Mai 1956 in Moskau bereiteten, und die demonstrativen Huldigungen an die Adresse Titos, bei dessen Besuch im Juni. Damit sollte das Kriegsbeil mit Jugoslawien endgültig begraben sein. In Moskau erzählte man



sich dazu folgenden Witz: „Weißt du, was Tito ist? – Ein Fußball. Zuerst bläst man ihn auf, dann gibt man ihm Tritte, und zum Schluß rennen ihm alle nach!“

Im Westen brachte die russische Entspannungsoffensive einige Verwirrung, und die Geister schieden sich. Die einen trauern dem Kalten Krieg nach und würden am liebsten zum Schutze der freien Welt selbst einen Eisernen Vorhang niederrasseln lassen. Sie erklären, die russische Koexistenzpolitik sei nur ein Bluff, dazu bestimmt, die Leute im Westen einzuschläfern, damit der Kommunismus dann um so ungestörter sein eigentliches Ziel, die Weltrevolution, verfolgen könne. Die andern finden, man habe in früheren Jahren den Russen ihre Abschließungspolitik und ihr ständiges Niet-Sagen so häufig vorgeworfen, daß es unkonsequent sei, ihr heutiges Entgegenkommen nicht zu begrüßen. Sie finden, es könne nicht schaden, mit den Russen zu sprechen, und es sei keineswegs entschieden, ob der

Westen bei der gegenseitigen Infiltration den kürzeren ziehen müsse; das vom Westen vertretene Freiheitsprinzip sei für die Russen ein Bazillus, der für sie sehr gefährlich sei, und schließlich müsse man damit rechnen, daß sich der Kommunismus innerlich umgestalte; er sei heute schon nicht mehr derselbe wie 1917, obschon die Russen sich immer noch zu Lenin bekennen.

Zweifellos lassen sich für beide diese Standpunkte gute Argumente ins Feld führen; wer

aber auf die Länge recht behalten wird, kann erst die Zukunft zeigen.

Die Anhänger der Theorie, daß Rußland sich in einer inneren Umgestaltung befinde, bekamen im Lauf des Jahres immer neue Nahrung. So wurde die Geheimpolizei in Rußland, die

einen Staat im Staate bildete, entmachtet und direkt der Regierung unterstellt; für das Justizwesen wurden Grundsätze wieder zur Geltung gebracht, die für Rechtsstaaten typisch sind, und – einer der schlimmsten Schandflecke Rußlands – die Zwangsarbeitslager werden stückweise aufgehoben, worüber zuverlässige Berichte von zurückgekehrten Gefangenen vorliegen. Was es allerdings noch nicht gibt und wohl auch nicht so bald geben wird, ist eine freie Meinungsbildung und demokratische Methoden bei der Wahl der politischen Führer. Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei ist und bleibt die allein maßgebende Instanz, die ihre Befehle nach unten weitergibt.

Die Maßnahme, die aber das größte Aufsehen erregte, war die

Zertrümmerung des Personenkultes. Am 20. Parteitag der kommunistischen Partei der UdSSR, der im Februar 1956 in Moskau tagte, hielt Parteisekretär Chruschtschow eine fulminante Anflagerede gegen Stalin, dem er eine Reihe von Fehlern ankreidete und vorwarf, daß er sich habe als unfehlbarer, alleswissender Alleinherrscher verhimmeln lassen. Es muß für die leitenden Männer in Moskau schwer gewesen sein, den Entschluß zur Zertrümmerung



Marfus Feldmann  
Bundespräsident für das Jahr 1956  
Photopress-Bilderdienst, Zürich



des Götzenbildes Stalins zu fassen; denn sie können nicht so kurzfristig sein, nicht zu sehen, daß sie mit ihren Anklagen gegen Stalin das ganze System treffen, das einen solchen barbarischen Auswuchs mit dem ganzen Terrorsystem und der Aufopferung von Hunderttausenden unschuldiger Opfer ermöglichte. Vor die Wahl gestellt, ob sie das von Stalin in seinen Schriften aufgestellte Lügengewebe weiter dulden wollten, obwohl sie die Wahrheit kannten, oder ob sie das Risiko, welches das Herunterreißen des Idols mit sich bringen würde, auf sich nehmen wollten, wählten sie die leichtere Alternative. Dies zeugt von Mut und vom Willen, einen besseren Weg einzuschlagen. Sie befürchteten allerdings, der Schock im russischen Volk könne zu groß sein, darum wurde die Anklagerede, die Chruschtschew vor dem Parteikongreß gehalten hat, nicht im Wortlaut veröffentlicht, sondern die neue Parteilinie wurde löffelförmig durch die Organisationen der Partei nach unten weitergegeben. Sie bringt eine Neuwertung der ganzen russischen Geschichte der neueren Zeit mit sich; alle Schulbücher, die Enzyklopädie, die Parteiliteratur usw. müssen umgeschrieben werden; zahlreiche Opfer des Stalinschen Terrors werden posthum in ihrer Ehre wieder hergestellt. Die ganzen Auswirkungen können heute noch gar nicht abgeschätzt werden.

In den russischen Satellitenstaaten konnten die Erschütterungen nicht ausbleiben. Der Stuhl all jener wackelt bedenklich, die als eigentliche Kreaturen Stalins in ihre hohen Stellungen gerutscht sind. In Bulgarien mußte Tschewenew ins zweite Glied treten, in der Tschechoslowakei wurde Armeeminister Čepička abgesetzt, in Polen starb kurz nach dem Moskauer Parteikongreß Bolesław Bierut, der als der Mann Stalins anzusehen war. Die in den großen Schauprozessen verurteilten Kostiuf, Rajf und die Nebenfiguren im Glanzyprozesse wurden rehabilitiert – was sie nicht wieder zum Leben erweckte –, die nur Eingekerkerten wurden befreit. Ostdeutschlands Ulbricht, Ungarns Rakosi und Albaniens Hodscha vermochten sich bis zum Abschluß dieser Chronik zu halten, ihre Stellung scheint aber alles andere als fest.

\*

Die Koexistenzpolitik hindert die Russen nicht, dort eine recht angriffige Außenpolitik zu betrei-

ben, wo sie eine Chance dazu finden. So ist es ihnen im Verlauf des letzten Jahres gelungen, im Mittleren Osten Fuß zu fassen. Sehr zuvustatten kam ihnen dabei der immer noch nicht beigelegte Konflikt zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarstaaten; denn er macht die Araber geneigt, überall dort um Unterstützung nachzusehen, wo sie solche finden können. Die Westmächte haben aber die Waffenausfuhr kontingentiert, um einen Rüstungswettlauf zwischen Israel und seinen Gegnern zu verhindern; Rußland aber fühlt sich durch keine Rücksichtnahme gebunden. So kam es am 27. September 1955 zum ersten sensationellen tschechischen Angebot der Lieferung von modernstem Kriegsmaterial an Ägypten, dem bald noch weitere folgten, so daß heute bereits Ägyptens Flug- und Tankwaffe gegenüber jener Israels überlegen ist.

England hatte versucht, die ihm wohlgesinnten Staaten des Mittleren Ostens zu einem Militärpakt zusammenzuschweißen, der Rußland von den kostbaren Ölfeldern Arabiens abriegeln sollte. In diesem Pakt, der nach seinem Geburtsort und Hauptquartier „Bagdad-Pakt“ genannt wird, verbündeten sich die Türkei, Pakistan, Irak und England. Er rief aber nicht nur die Gegnerschaft Rußlands hervor, sondern auch jene der anderen arabischen Staaten, besonders Ägyptens. Man war hier der Ansicht, der Pakt diene nur dazu, die alte Vorherrschaft Englands im Mittleren Osten in neuer Form auferstehen zu lassen und den Führungsanspruch Ägyptens zu unterhöhlen. Ägypten griff unverzüglich zu Gegenmaßnahmen, es baute im Oktober 1955 einen Gegenpakt mit Syrien und Saudiarabien auf und intrigierte in Jordanien, das bis anhin ein englischer Satellitenstaat war. Jordanien besaß in der „Arabischen Legion“ die beste Truppe des Orients, aber sie war mit englischem Geld aufgebaut worden und von einem englischen Offizier, Glubb Pascha, kommandiert. Nun brachte es Ägypten fertig, daß König Hussein von Jordanien den General Glubb am 2. März entließ und seine Armee dem gemeinsamen Kommando der arabischen Staaten unterstellte. England mußte gute Miene zum bösen Spiel machen und bezahlte zur Stunde sogar noch seine Subsidien an Jordanien weiter, um seinen Einfluß nicht ganz zu verlieren und wenigstens die kleinen Militär-





Der Untersee zugefroren

Die Kältewelle im Februar 1956 ließ verschiedene Schweizer Seen zufrieren. Ein deutscher Arzt versuchte, den Untersee mit seinem Auto zu überqueren, brach aber 10 Meter vor dem Ziel im Eis ein.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

basen zu halten, die es auf jordanischem Boden unterhalten darf.

Der zweite Schlag, den Ägypten gegen den Bagdadpakt führte, war die schon genannte Annäherung an den Ostblock, die ihm substantielle Waffenlieferungen eintrug. Der Baumeister der russisch-arabischen Zusammenarbeit war Dimitri Schepilow, Chefredaktor der „Prawda“ und Vorsitzender der außenpolitischen Kommission des obersten Sowjets. In dieser Eigenschaft reiste er im Jahre 1955 nach Ägypten, um dort die Fäden anzuknüpfen, mit deren Hilfe die Sowjetunion die Barriere des Bagdadpakts überspringen und sich als Mittelmeermacht zur Geltung bringen konnte. Im Juni 1956 folgte Schepilow einer neuen Einladung nach Ägypten, aber diesmal hatte er den Rang eines Außenministers, denn

am 1. Juni 1956 war Molotow, die „rechte Hand“ Stalins, als Außenminister zurückgetreten und mußte dem jüngeren Schepilow Platz machen, der sich durch eine Reihe von weiteren Reisen (Peking 1954, Belgrad 1955) und durch maßgebliche Reden in der Partei schon seit einiger Zeit als ein aufsteigender Stern zu erkennen gegeben hatte.

Die wachsende Militärmacht Ägyptens und die diplomatische Rückendeckung, die es in Moskau verspürte, führte zu einer Zunahme der Spannung an der Grenze von Israel. Im Frühling kam es zu mehreren sehr heftigen Zwischenfällen, so einer Kanonade über die Gaza-Grenze, die viele Todesopfer forderte. Man befürchtete, der Krieg zwischen Israel und seinen Nachbarn könne jeden Moment wieder ausbrechen. In diesem Moment griff die UNO ein und entsandte ihren



Auf der Engadinalbinsel bei Bern wurde das fünfte römische Amphitheater in der Schweiz im Frühjahr 1956 fachgerecht ausgegraben.

Photo W. Nydegger, Bern

Generalsekretär Hammarström zu einer Rundreise durch die Hauptstädte des Mittleren Ostens. Diese Reise war ein Erfolg, indem es dem diplomatischen Talent des Generalsekretärs gelang, die nervös gewordenen Gemüter zu beruhigen und zu überzeugen, daß auch der Gegner einen Krieg eigentlich gar nicht wolle. So wurde der Waffenstillstand wieder gefestigt, und die Grenzzwischenfälle gingen wieder auf ein „normales“ Maß zurück. Der Erfolg Hammarströms wäre aber nicht möglich gewesen, wenn er nicht einen einigen Sicherheitsrat hinter sich gehabt hätte. Indem Rußland mit für die Friedensmission Hammarströms stimmte, erkannten die arabischen Staaten, daß Rußland

nicht wünschte, daß sie sich in ein kriegerisches Abenteuer stürzen. Obwohl ein neuer Orientkrieg den Russen Gelegenheit gegeben hätte, im trüben zu fischen, so konnten sie doch nicht übersehen, daß ein solcher Krieg mit allen Komplikationen, die er mit sich gebracht hätte, die ganze Entspannungsoffensive zunichte gemacht und neue Gefahren und Risiken gebracht hätte, die Rußland nicht einzugehen gewillt ist. Sein Sinn steht vielmehr heute nach einem friedlichen Wettbewerb, wobei es versuchen will, die Amerikaner, die bisher ein Hilfsmonopol hatten, bei den unterentwickelten Völkern durch technische Hilfe und durch den Kauf ihrer Exportgüter auszustechen.

\*

Die Schwächung der englischen Position im Mittleren Osten durch den Rückzug aus der Kanalzone, den Verlust des Kommandos über die Arabische Legion und die Aushöhlung des Bagdadpakt von der Südseite her ließ England um so größeren Wert auf seine verbleibenden Positionen im Mittelmeer legen. Während Gibraltar und Malta treu zu England stehen – die Malteser möchten sogar eine englische Provinz werden – wurde der östlichste Stützpunkt, Zypern, den schwersten Erschütterungen ausgesetzt. Die Zyprioten griechischer Sprache und Kultur ( $\frac{4}{5}$  der Inselbevölkerung) verlangen, daß Zypern dem griechischen Königreich angeschlossen werde. Sie wären bereit, den Engländern militärische Basen zuzugestehen, aber die englische Regierung behauptet, solche Stützpunkte seien nicht sicher, wenn England nicht auch die politische Oberherrschaft über die Insel besitze. Die türkische Minderheit auf der Insel ist mit dem gegenwärtigen Zustand zu-



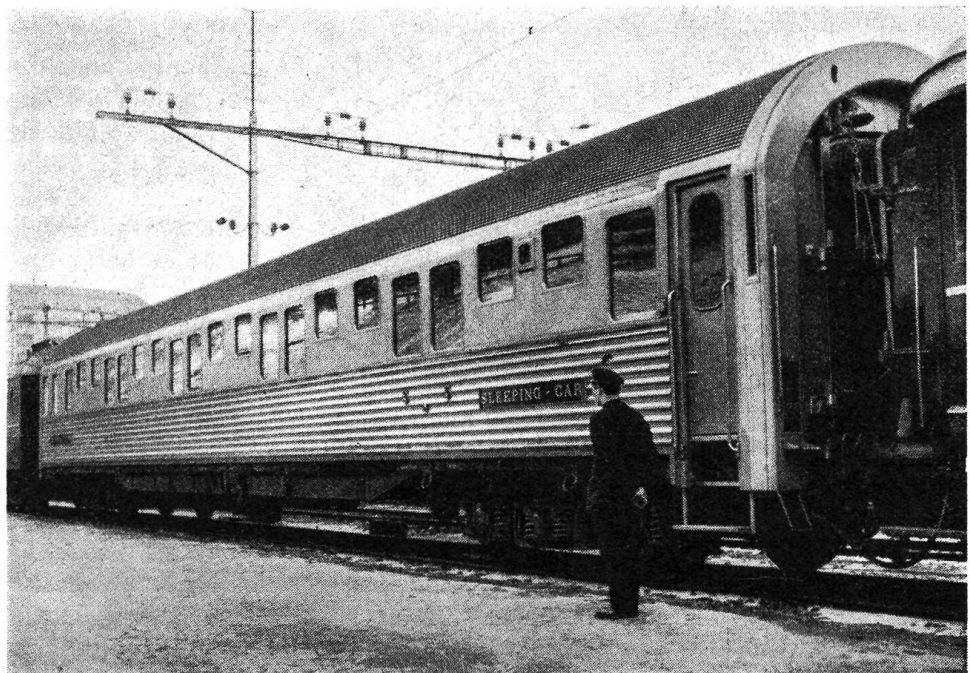
frieden, auch die Türkei selbst widersteht sich einem Anschluß Zyporns an Griechenland und zieht die englische Herrschaft vor. Im August 1955 veranstaltete die englische Regierung in London eine Konferenz, zu der Athen und Ankara Delegierte sandten, aber es erwies sich als ganz unmöglich, eine Verständigung zu finden. Von da an griff England zur Politik der starken Hand, während gleichzeitig die Inselbewohner immer rebellischer wurden. Es kam zu dauernden Attentaten, und Dutzende von britischen Soldaten wurden aus dem Hinterhalt ermordet. Die Deportation von Erzbischof Makarios am 9. März 1956 nach den fernen Seychellen brachte keine Linderung; denn die Zyprioten erbitterte es erst recht, daß man ihnen ihr geistiges Oberhaupt entführte. Die konservative Regierung Sir Edens ist aber nicht gewillt, nachzugeben, während die Labour-opposition an der Unterdrückungspolitik heftige Kritik übt.

In Griechenland solidarisiert man sich völlig mit den Zyprioten. Der Zorn über die Engländer hat es mit sich gebracht, daß Griechenland, obschon sich die Regierung Karamanlis nach wie vor zur NATO bekennt, heute als ein unsicherer Kantoneuse im atlantischen Bündnis gilt, und die ganze Position des Westens durch die Unruhe auf Zypern und die dadurch in Griechenland und der Türkei geweckten politischen Leidenschaften erschüttert worden ist.

\*

Damit nicht genug, ist auch das Südufer des Mittelmeers weiter westlich zu einer weichen Stelle im Gefüge des atlantischen Staatenverbandes geworden. In Algerien herrscht offener Krieg, und niemand vermag zu sagen, wie

sich die Dinge dort noch entwickeln werden. Das Jahr 1955 brachte entscheidende Einschnitte in der politischen Gestaltung der drei von Frankreich in Nordafrika „betreuten“ Länder: Marokko, Algerien und Tunis. Alle drei streben nach Unabhängigkeit, denn die arabischen Einwohner sind politisch erwacht und wollen, angespornt von ihren Brüdern in Ägypten, nicht mehr länger die französische Vorherrschaft dulden. Mit Tunis konnte sich Frankreich schon im April 1955 einigen, der Nationalistenführer Habib Bourguiba trat dort die Ministerpräsidentschaft an, nachdem seine Partei bei den ersten freien Wahlen die absolute Mehrheit errungen hat. Er muß sich allerdings bereits auch wieder einer noch extremeren Gruppe erwehren, welche die letzten Bande, die Tunis mit Frankreich verknüpfen, zerreißen möchte. In Marokko haben die Franzosen ebenfalls rückwärts revidiert. Im November 1955 holten sie den deportierten Sultan Sidi Ben Jussef aus seinem Exil in Madagaskar zurück und setzten ihn wieder auf den Thron. Mit ihm nun verhandelten sie über die Unabhängigkeit Marokkos, die sie am 1. März



Die Internationale Schlafwagengesellschaft hat kürzlich diesen eleganten Schlafwagen in Dienst gestellt, der zwanzig Einzelabteile enthält.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

1956 gewährten. Marokko erhält die volle Souveränität zurück, darf auch eigene Truppen halten und eine eigene Außenpolitik betreiben; in dem Interdependenz-Vertrag sichern sich Frankreich und Marokko aber zu, daß sie ihre Außenpolitik auf einander abstimmen, auch garantiert der Sultan die Rechte der französischen Siedler und Investoren. Bald darauf reiste Ben Jussuf auch nach Madrid und erhielt von General Franco den Verzicht Spaniens auf Spanisch-Marokko.

In Algier kam es am 20. August 1955 zu einem blutigen Ausbruch aufgestauten Nationalhasses: Französische Siedlungen wurden überfallen und zahlreiche Franzosen ermordet. Seit damals ist die Ruhe in Algier nicht mehr eingelehrt, vielmehr organisierten sich die Aufständischen immer besser und gaben sich sogar die Bezeichnung „nordafrikanische Befreiungsarmee“. Frankreich sah sich gezwungen, mehr und mehr Truppen nach Algerien zu werfen. Um dem Bedürfnis Genüge tun zu können, mußten die jüngeren Jahrgänge, die ihre normale Dienstzeit bereits beendet haben, aufgeboten werden, was die französischen Kommunisten zur Agitation benutzten. Ende Juni 1956 standen 364 000 Mann in Algerien, und der Krieg kostete eine Milliarde Franken im Tag, soviel wie der Indochinakrieg. Die Algerier – sofern man von einer einheitlichen Meinungsbildung reden kann – fordern ein ähnliches Statut, wie Tunis und Marokko besitzen, und aus diesen beiden Ländern erhalten sie auch moralische Unterstützung und geschmuggelte Waffen. Die französische Regierung aber ist entschlossen, Algerien – das staatsrechtlich ja ein Teil Frankreichs ist – zu halten; denn hier leben über 1 000 000 französische Siedler, die eine Loslösung vom Mutterland mit aller Macht verhindern wollen, da sie befürchten, sonst unter den Stiefel der bisher zurückgebundenen Eingeborenen zu geraten. Im Augenblick, da wir diese Chronik abschließen, ist es die Politik der französischen Regierung, Algerien zuerst mit militärischer Macht zu befrieden, dann Wahlen durchzuführen und erst dann über die politische Zukunft Algeriens zu verhandeln. Ein eindeutiges Programm hierfür liegt noch nicht vor.

\*

In Frankreich haben seit dem Beginn der französischen Auseinandersetzung in Algerien Wahlen

stattgefunden, aber sie brachten keinen neuen Kurs für Algier. Am 29. November kam Ministerpräsident Edgar Faure, der acht Monate lang regiert hatte, in der Nationalversammlung zu Fall, da diese ihm das Vertrauen in der Frage der Vorverlegung der Wahlen verweigerte. Zur Antwort löste Faure die Kammer auf, und am 2. Januar wurden die Wahlen durchgeführt, wobei das reine Proporzsystem zur Anwendung kam. Das Ergebnis war das folgende: Kommunisten 150, Sozialisten 94, Radikale 57, Widerstandsunion 19, Linksrepublikaner 14, Volksrepublikaner 73, Unabhängige und Bauern 105, Ergaullisten 21, Poujadisten 51, Verschiedene 3. In endlosen, vier Monate dauernden Validierungsdebatten wurden den Poujadisten 10 Mandate als ungültig abgesprochen und an andere Parteien verteilt. Die Regierungsbildung schien bei diesem Parlament noch schwerer als beim vorigen, aber die Kommunisten spielten zunächst die frommen Lämmer, und die übrigen Parteien zeigten auch mehr Verständigungsbereitschaft, weil die Algerienkrise auf dem Staat lastete. Am 31. Januar erhielt der Sozialist Guy Mollet die Investitur, der sich mit den Radikalen verbündete und Pierre Mendès-France zum Staatsminister machte. PMF trat allerdings am 23. Mai zurück, da er mit Mollets Algerienpolitik nicht einverstanden war.

\*

Während Frankreich in Nordafrika tief engagiert ist, wurde es dafür an seiner Deutschlandgrenze eine Sorge los; denn es konnte das Saarproblem auf annehmbare Weise liquidieren. Am 23. Oktober hatte das Saarpolk über das Saarstatut abgestimmt, über welches sich Adenauer und Mendès-France im Vorjahr geeinigt hatten und das die Europäisierung des Saarlandes bringen sollte. Die Saarländer wollten aber nichts davon wissen, lehnten es mit einer Mehrheit von 71% Stimmen ab und demonstrierten damit für die Rückkehr zu Deutschland. Die bald darauf folgenden Landtagswahlen brachten die Niederlage der autonomistischen Parteien und bestätigten den Wunsch der Saarländer nach dem Anschluß. Frankreich war so loyal, daß es diese Willensfundgebung anerkannte; es verlangte aber Kompensationen für seinen Verzicht auf die Saar.



In zahlreichen Verhandlungen wurden diese Vergütungen zwischen Deutschland und Frankreich besprochen, und am 5. Juni fanden Adenauer und Mollet die endgültige Einigung. Die Saar kehrt am 1. Januar 1957 zu Deutschland zurück, die Wirtschaftsunion mit Frankreich wird auf den 1. Januar 1960 aufgehoben, Frankreich erhält 90 Millionen Tonnen Saarkohle, Deutschland verpflichtet sich zum Bau des Mosellkanals, an den Frankreich 250 Millionen und Deutschland 300 Millionen DM bezahlen. Frankreich berücksichtigt dafür die Wünsche Deutschlands im Oberelsaß, wo der Rheinseitenkanal dem alten Rhein Wasser und Verkehr zu entziehen drohte. Damit ist die letzte große Differenz zwischen Deutschland und Frankreich beigelegt.

\*

Amerika spielte 1956 nicht die Rolle in der Weltpolitik, die seinem Gewicht entsprochen hätte, denn es stand im Banne der Präsidentschaftswahlen. Präsident Eisenhower, dessen Wiederwahl schon lange als sicher angesehen worden war, erkrankte plötzlich am 24. September 1955 an einer Koronarthrombose. Obwohl er sich gut erholte, hielt das Rätselraten den ganzen Winter über an, ob er unter diesen Umständen wieder kandidieren werde, bis er am 29. Februar mitteilte, seine Ärzte seien mit seinem Zustand zufrieden, und er sei in der Lage, eine zweite Präsidentschaftsperiode auf sich zu nehmen. Eine neue Erkrankung des Präsidenten am 8. Juni stellt allerdings diesen Entschluß wieder in Frage.

Auf demokratischer Seite ließ die Krankheit des Präsidenten den Wettlauf nach der Kandidatur um so interessanter erscheinen. Es bemühten sich darum Adlai Stevenson, der unterlegene demokratische Kandidat des Jahres 1952, und Senator



Die Beerdigung von alt Bundesrat Minger in Schüpfen

Photo W. Nydegger, Bern

Estes Refauver. Im Juni 1956 meldete auch Averell Harriman seine Kandidatur an. Bei den Primärwahlen sicherte sich aber Stevenson einen entscheidenden Sieg in wichtigen Staaten, so daß er dem im August stattfindenden Parteikonvent mit Zuversicht entgegenblicken kann.

\*

In der Schweiz hielt die gute Konjunkturlage an, was sich nicht nur im steigenden Volkseinkommen äußert, das 1955 24 Milliarden Franken betrug, sondern natürlich auch in den Einnahmen des Fiskus auswirkte. Die eidgenössische Staatsrechnung pro 1955 schloß mit einem Reinertrag von 215 Millionen Franken ab. Die Ausgaben



Am Susten wurden zum Schutze der Bevölkerung gut eingerichtete Lawinenbunker gebaut.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

waren zwar 74 Millionen höher als budgetiert, aber die Einnahmen übertrafen das Budget um 339 Millionen Franken. Die guten Steuereingänge erlaubten die Senkung der Fiscalabgaben in verschiedenen Kantonen und auch im Bund. Hier beschloß die Bundesversammlung einen Abbau der Wehrsteuer von 40–10 % und einen generellen Abbau der Warenumsatzsteuer von 10 %.

An die Urne wurde der Souverän nicht häufig bemüht. Die Chevallier-Initiative für eine Herabsetzung der Militärausgaben wurde von den Räten wegen offensichtlicher Formmängel als ungültig erklärt und kam deshalb nicht zur Volksabstimmung. Die Urheber der ersten Initiative haben nun eine zweite gestartet, die juristisch sorgfältiger vorbereitet wurde. Dagegen kamen in einer Volksabstimmung vom 13. Mai die Emser Vorlage und die Rheinau-Initiative II vors Volk. Beide wurden abgelehnt. Die Emser Vorlage hätte dem Bund die Ermächtigung gegeben, bis 1960 der Holzverzuckerungs-AG in Ems noch einmal 26 200 Tonnen Äthylalkohol zum Überpreis von 28,2 Millionen Franken abzunehmen. Das Volk verwarf mit 429 000 gegen 315 000 Stimmen. Mißtrauen über die Zweckmäßigkeit der Holzverzuckerung, Mißtrauen in die Fähigkeit des Unternehmens, bis in vier Jahren selbsttragend zu werden, und Ablehnung des Grundsatzes, daß der Bund privatwirtschaftliche Unternehmungen subventionieren soll, mögen dabei den Ausschlag gegeben haben. Die Auffassung, daß man dem wirtschaftlich benachteiligten Kanton Graubünden beispringen müsse, wurde allseitig anerkannt. Der Kleine Rat Graubündens hat denn auch bald nach der Abstimmung die Forderung gestellt, der Bund solle die Rätische Bahn, die schwer auf dem Finanzhaushalt des Kantons lastete, übernehmen, um so die Hilfsversprechen des Schweizervolkes, die während der Abstimmungskampagne abgegeben wurden, einzulösen. Die Wasserrechtsinitiative (auch Rheinau II) genannt, die dem Volk die letzte Entscheidung in der Konzessionserteilung für Kraftwerkbauten geben wollte, wurde mit 453 000 gegen 266 000 Stimmen verworfen; offenbar wollte man angesichts unseres wachsenden Energiebedarfs den künftigen Bauten von Wasserkraftwerken keine zureichlichen Hürden entgegenstellen.



Das wichtigste schweizerische Ereignis des Berichtsjahres waren die Nationalratswahlen vom 30. Oktober. Im Nationalrat sind 46 neue Gesichter erschienen, die den Platz von Demissionären oder Nichtwiedergewählten einnehmen. Das Durchschnittsalter der „Neuen“ ist 49 Jahre, das Durchschnittsalter ausgeschiedener Nationalräte war 61. Im Ständerat gab es 9 neue Gesichter. Parteimässig waren die Veränderungen nicht sehr stark. Die Sozialdemokraten gewannen 4 Sitze und haben nun 53, die Freisinnigen verloren 1 und haben nun 50, die KK verloren 1 und haben nun 47, die BGB verlor 1 und hat nun 33, der Landesring blieb mit 10 unverändert, ebenso die Demokraten mit 4 und die Evangelischen mit 1. Die PdA verlor 1 und zählt jetzt 4 Mandate. Im Ständerat verloren die KK einen Sitz an die Freisinnigen im Kanton Luzern, und die Freisinnigen einen an die Sozialdemokraten im Kanton Baselland.

Die Bundesratswahlen brachten keine personellen Veränderungen, doch ist als Kuriosum zu vermerken, daß 1956 die drei höchsten Ämter der Eidgenossenschaft alle mit Bernern und mit Angehörigen der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei besetzt waren, nämlich Bundespräsident Feldmann, Nationalratspräsident Burgdorfer und Ständeratspräsident Weber.

**Sie weiß sich zu helfen.** Ein Mädchen saß auf einer Bank. Vier Soldaten tauchten auf und freisten das Mädchen ein. – Das Mädchen blickte hilfessuchend von einem zum andern und seufzte: „Es isch nid nütt vo euch, daß dihr mir d'Wahl so schwär machet!“

**Der Pianist.** „Sie verlangen also für den Klavierabend in meinem Hause 500 Franken?“ – „Jawohl.“

„Ich mache aber zur Bedingung, daß Sie sich nicht unter die Gäste mischen.“

„Dann kann ich es schon für 450 machen.“

**Die schweren Begriffe.** Lehrerin: „Abstrakt ist etwas, woran man denken, was man aber nicht anfassen kann. Karli, was ist also zum Beispiel konkret?“ Karli: „Mini Hose, Fräulein.“ – „Gut, und was abstrakt?“ – „Eui Hose.“

**Wenig.** „Tja, my Liebe, i bi dür ds ganze Läbe ggange, nume mit myr Intelligänz!“ – „So? Also o eine vo dene, wo mit nüt agfange het.“



Das neue Thunerseeschiff, „Stadt Bern“, gleitet in Dürrenast vom Stapel. Es hat eine Wasserverdrängung von 240 Tonnen und bietet 900 Personen Platz.

ATP-Bilderdienst, Zürich